

Posener Tageblatt



Bezugspreis: In der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen monatlich 4.— zł. mit Zustellgeld in Polen 4.40 zł, in der Provinz 4.30 zł. Bei Postbezug monatlich 4.40 zł, vierteljährlich 13.10 zł. Unter Streifenband in Polen und Danzig monatlich 6.— zł. Deutschland und Abziges Ausland 2.50 Rml. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zuschriften sind an die Schriftleitung des „Posener Tageblattes“, Poznań, Aleja M. a. j. Piłsudskiego 25, zu richten. — Telegrammanchrift: Tageblatt Poznań. Postkonten: Poznań Nr. 200 283, Breslau Nr. 6184. (Konto.-Zug.: Concordia Sp. Akc.) Fernsprecher 6106, 6276.

Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Millimeterzeile 16 gr, Zerteil-Millimeterzeile (68 mm breit) 76 gr. Plagvorschritt und schwerer Satz 50 % Aufschlag. Offertengebühr 50 Groschen. Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Keine Gewähr für die Aufnahme an bestimmten Tagen und Plätzen. — Keine Haftung für Fehler infolge abgeleiteten Manuskriptes. — Anchrift für Anzeigenaufträge: Posener Tageblatt, Anzeigen-Abteilung, Poznań 3, Aleja Marszałka Piłsudskiego 25. — Postkonten in Polen: Concordia Sp. Akc. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Poznań Nr. 200 283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184. Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań. — Fernsprecher 6276, 6106.

USA antwortet Roosevelt

Die amerikanischen Wahlen

(Von unserem E.A.H.-Berichterstatter)

New York, Ende November.

Mit beinahe periodischer Regelmäßigkeit haben sich die beiden großen amerikanischen Parteien während der letzten Generationen in der Leitung der Staatsgeschäfte abgelöst, und zwar entfielen erfahrungsgemäß auf zwanzig Jahre immer drei republikanische und zwei demokratische Präsidenten. Als Roosevelt vor zwei Jahren mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt wurde, glaubten jedoch viele, dieser Mann habe dem Zyklus ein Ende gesetzt und die republikanische Partei werde nicht mehr in der Lage sein, sich zu erholen. Roosevelt hatte den neuen Kurs eingeführt, und wenn er auch kein voller Erfolg war, so zeichnete er sich doch durch neue Ideen und ein konstruktives Programm aus, das den alten reaktionären Führern der republikanischen Partei völlig fehlte. Roosevelt war auf dem besten Wege, ein Ein-Parteien-System zu errichten. Durch Kreditinflation und alle möglichen Anfurbelungsprogramme hatte er sich eine Art öffentlicher Subsidierung seiner demokratischen Wahlpropaganda gesichert und kurz nach den 1936er Wahlen unternahm er sogar den später mißglückten Versuch, die Opposition des Obersten Bundesgerichtes auszuschalten und die Zentralgewalt der Bundesregierung durch Reorganisation der Bundesverwaltung noch weiter zu stärken. Die natürliche Entwicklung schien sich also damals auf eine Art Staatssozialismus hin zu bewegen oder auf eine politische Neugruppierung des Zweiparteien-Systems nach englischem Muster, wobei den Demokraten letzten Endes die Rolle der Konservativen zugefallen wäre, während sich die Gewerkschaften, Marxisten und linksradikalen Demokraten zu einer großen Arbeiterpartei zusammengeschlossen hätten. Roosevelt, der sich in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft oft gerühmt hatte, durch die Sanierungsmaßnahmen und soziale Gesetzgebung seines New Deal eine Revolution, wie sie unter republikanischer Leitung unvermeidlich geworden wäre, verhindert zu haben, gab sich im Verlauf seiner zweiten Amtsperiode immer mehr den Anschein, als ob ihm im Grunde genommen an der Erhaltung des kapitalistischen Systems nichts gelegen sei. Man hat deshalb auch in Amerika seinen New Deal in drei getrennte Phasen eingeteilt, nämlich in den ersten New Deal 1932/34, in den zweiten 1934/36 und schließlich in den dritten New Deal 1936/38.

Auch in der diesjährigen Wahlkampagne mußte der Dollar des amerikanischen Steuerzahlers herhalten, um für die Kandidaten der demokratischen Partei Propaganda zu machen, sei es in Form von Arbeitslosenunterstützung oder strategisch verteilten Arbeitsprojekten oder Anleiheverpfändungen. Auch sonst verführte Roosevelt keine Möglichkeiten seines großen politischen Repertoires. In besonders wichtigen Staaten ließ der Wahlkampf auf die einfache Formel bringen: „für die liberalen Kräfte unter Roosevelt“ oder „für die reaktionären fürstlichen Herren“. Er war der „Friedensstifter in Europa“, der „Schutzengel des nord- und südamerikanischen Kontinents“, der war der „Sittlichkeitsapostel und Hüter von internationaler Fairness und Gerechtigkeit“, er war der Freund der Katholiken (die Komreise Muenchleins) und der Freund der Juden, der für Aufrechterhaltung jüdischer Einwanderung in Palästina eintrat und sich über die „Jüdenverfolgungen barbarischer Nationen“ entrüstete; und schließlich war er der Freund der „Unprivilegierten“, der unterdrückten Arbeiter, denen er weniger Arbeit und höhere Löhne versprach.

Um so weniger darf die Antwort unterschätzt werden, die das amerikanische Volk dem Präsidenten am 8. November erteilte. Wohl am bedeutungsvollsten war das Ergebnis in den Industriestaaten New York,

Ribbentrop nach Paris

Deutsch-französische Erklärung wird Wirklichkeit — Eine Bestätigung des MB.

Berlin, 25. November. Zu der Frage der deutsch-französischen Beziehungen erfährt das Deutsche Nachrichtenbüro von unterrichteter Seite:

Der Führer und Reichkanzler hat in den letzten Jahren oft Gelegenheit genommen, zu erklären, daß zwischen Frankreich und Deutschland keine Probleme bestehen, die einem freundschaftlich-nachbarlichen Verhältnis grundsätzlich entgegenstehen. Nach dem Münchener Abkommen haben sich die Wünsche getroffen, dem Streben nach einem solchen Verhältnis konkreten Ausdruck zu verleihen. Die Bedingungen für ein Uebereinkommen zwischen Deutschland und Frankreich im Sinne der in München getroffenen Vereinbarung zwischen Deutschland und England haben sich in den letzten Wochen als außerordentlich günstig gezeigt.

Die deutsche und die französische Regierung prüfen deshalb gegenseitig eine gemeinsam vorbereitete Erklärung betreffend das nachbarliche Verhältnis der beiden Staaten zueinander, und es steht zu erwarten, daß sich der Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, in den nächsten Tagen nach Paris begibt, um mit dem französischen Außenminister Georges Bonnet zu einem Abschluß dieser vorbereiteten Erklärung zu gelangen.

Die Mitteilung über die in Aussicht stehende deutsch-französische Erklärung wird von der gesamten französischen Presse mit großer Befriedigung aufgenommen. Der „Matin“ schreibt, die Erklärung werde der Beginn eines neuen großen Abschnittes in der Geschichte sein. Diese neue Atmosphäre sei ein Schlag gegen die Kriegsbeher. Das Pariser „Journal“ nennt die kommende Erklärung den Ausgangspunkt für die Befriedung Europas.

Rumäniens König beim Führer

Auch Piow auf dem Obersalzberg

Berchtesgaden, 25. November. Seine Majestät König Carol II. von Rumänien stattete am Donnerstag, begleitet von seinem Sohne, dem Kronprinzen Michael, dem Führer und Reichkanzler auf dem Obersalzberg einen privaten Besuch ab und weilte zum Frühstück auf dem Bergshof.

An den Besprechungen und dem Frühstück nahm der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop teil.

Berchtesgaden, 25. November. Der Führer und Reichkanzler empfing am Donnerstag, in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop auf dem Obersalzberg den zur Zeit als Gast der Reichsregierung auf seiner Deutschland-Reise befindlichen südafrikanischen Verteidigungs- und Handelsminister Pirow.

Der Chef der Reichskanzlei, Reichsminister Dr. Lammers, gab am Donnerstag mittag im Anschluß an den Empfang des südafrikanischen Verteidigungs- und Handelsministers Pirow beim Führer zu Ehren des hohen Gastes im Dienstgebäude der Reichskanzlei in Berchtesgaden ein Frühstück.

An dem Essen nahmen teil Minister Pirow, der südafrikanische Gesandte in Berlin Gie, sowie von deutscher Seite der persönliche Referent des Führers und Reichkanzlers, Ministerialdirektor Dr. Meerwald, der stellvertretende Chef des Protokolls Legationsrat von Salem, Oberstleutnant Jigen als Ehrenbegleiter der Wehrmacht des südafrikanischen Ministers, Oberregierungsrat in der Reichskanzlei Dr. Laue, Regierungsrat in der Präsidialkanzlei Dr. Fenge und der Adjutant des Reichsministers Dr. Lammers, Major Dederi.

Das Staatsschutzgesetz erlassen

Auch das Freimaurergesetz bereits in Kraft

Warschau, 25. November. Der Herr Staatspräsident hat am Donnerstag auf dem Verordnungswege zwei Dekrete erlassen, die von großer Bedeutung sind. Das eine betrifft den Schutz staatlicher Interessen, das zweite die Auflösung freimaurerischer Organisationen.

Das erste Gesetz sieht Freiheitsstrafen zum Teil langfristiger Art, in besonderen Fällen sogar die Todesstrafe vor für Vergehen gegen die wirtschaftlichen Interessen des Staates und gegen die öffentliche Ordnung sowie für Handlungen, die sich gegen das Wohl der Bevölkerung und gegen Einrichtungen richten, die militärischen Zielen dienen.

Im einzelnen werden hierbei folgende Vergehen genannt: Arbeitsstörungen in der Rüstungsindustrie, öffentliche Verbreitung von Falschmeldungen, die das Vertrauen in die pol-

nische Währung und in den öffentlichen Kredit erschüttern, Versand schlechter Waren in das Ausland, die dem guten Ruf Polens im Ausland Schaden zufügen, Schädigung der polnischen Ausfuhr, öffentliche Aufwiegelung zum Generalstreik, Schließung von Arbeitsstätten durch die Arbeitgeber, Einstellung der Lebensmittellieferung in die Städte, gewerbsmäßige Vermittlerdienste bei Behörden und Ämtern, Verbreitung von Falschmeldungen, die dem Staatsinteresse schädlich sind, gewerbsmäßige politische Tätigkeit im Interesse fremder Regierungen, wenn sie dem Interesse des polnischen Staates abträglich sind, und öffentlicher Empfang von Sendungen bestimmter vom Innenministerium verbotener Rundfunkstationen. Das Dekret über die

Auflösung von freimaurerischen Organisationen verfügt die automatische Auflösung aller vorhandenen freimaurerischen Organisationen oder

solcher Organisationen, die von Freimaurern abhängig sind. Das Vermögen dieser aufgelösten Organisationen soll der öffentlichen Wohlfahrt zugute kommen. Ihre Archive und Urkunden werden dem Staate zur Verfügung gestellt. Das Gesetz sieht Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren für die Zugehörigkeit zu freimaurerischen Verbänden und die Unterstützung solcher Verbände sowie die Teilnahme an ihren Veranstaltungen vor. Das Gesetz bejagt weiter, daß als freimaurerische Organisationen solche Verbände gelten, die eine geheime innere Organisation und Rangordnung haben und die ihren Mitgliedern Gelübnisse unbedingter Geheimhaltung und unbedingten Gehorsams abfordern.

Beide Dekrete haben mit der bereits erfolgten Veröffentlichung im „Dziennik Ustaw“ Rechtskraft erlangt.

Pennsylvania, Ohio, Michigan, in denen die Gewerkschaftspolitik der Rooseveltregierung, die betonte Bevorzugung des in kommunistisch beeinflussten CIO-Gewerkschaften organisierten Arbeiters vor dem Arbeitgeber, zu den wildsten Exzessen geführt hatte. In allen diesen Staaten, ausgenommen New York, erlitt Roosevelt schwere persönliche Niederlagen, und in New York war es nur eine kleine Mehrheit von etwa 1 1/2 v. H. der Wähler, die ihn davor rettete. Würde man in New York die Stimmen der Juden, der marxistischen Arbeiterpartei und der Kommunisten von der demokratischen Mehrheit abziehen, es würde nicht viel übrigbleiben. Noch deutlicher ist die Tendenz in Minnesota und Wisconsin. Im ersteren wurde die seit vielen Jahren als unabhängige Partei geltende Farmer-Labor-Gruppe vernichtet und geschlagen, in Wisconsin wurde die Lafollete Dynastie der Progressiven oder Fortschrittspartei gestürzt. Beide sind bekannt durch die linksradikalen Sympathien, ja, vor nicht allzulanger Zeit war sogar von einer Vereinigung

der Farmer-Labor-Gruppe mit den Kommunisten die Rede, um letzteren ein Sprungbrett in den Kongreß zu ermöglichen.

Das Wahlergebnis hat also in erster Linie gezeigt, daß das amerikanische Volk, vor allem der Mittelstand, den dritten New Deal, die weitere Sozialisierung der Wirtschaft und gewisse damit verbundene Tendenzen, die sich weltanschaulich stark dem Marxismus nähern, ablehnt. Es hat nach Ansicht von Kennern der amerikanischen Politik seine Entschlossenheit bekräftigt, das Zweiparteien-System beizubehalten und den traditionellen Mittelweg einzuschlagen. Das Mißtrauensvotum des 8. November richtete sich, wie aus den vielen Kommentaren aus dem ganzen Land hervorgeht, weniger gegen Roosevelt selbst, der unter den Massen immer noch große Anziehungskraft ausübt, als gegen die radikalen Einflüsse, denen er in den letzten Jahren zu zugänglich war. Die ganze Entwicklung der nächsten Jahre, die Frage, ob es den Republikanern gelingen wird, den einmal gewonnenen Anlauf auszumitteln und 1940

einen republikanischen Präsidenten ins Weiße Haus zu bringen, hängt davon ab, ob Roosevelt die Warnung beherzigen und sich seiner bisherigen Ratgeber entledigen wird. — schreibt Arthur Krod, der bekannte Leitartikler der „New York Times“. Zu diesem engeren Kreis liberalistischer Berater, dem Nachfolger des „Braintrust“, gehören Innenminister Ives, Fürsorgeverwaltungler Hopkins, Prof. Frankfurter, die New Yorker Rechtsanwälte Cohen und Corcoran und andere.

Trotz der Niederlage kann Roosevelt mit Berechtigung darauf hinweisen, daß die Republikaner ihren Sieg nur dem Umstand verdanken, daß sie sich auf den Boden eines neuen Kurzes stellten und von der alten Garde, die Roosevelt selbst so bekämpft, abrückten. Die republikanische Partei scheint sich tatsächlich verjüngt zu haben. Neue, junge Gesichter tauchen auf, die dem konservativen Flügel der Demokraten viel näherstehen als den reaktionären New-Deal-Fressern ihrer eigenen Partei. Mit den konservativen Demokraten zusammen werden sie im

Sport vom Tage

Wimbledon als „offene“ Veranstaltung

Das „Für“ in starkem Maße betont

In den vielen Für und Wider der „offenen“ Tennisturniere, d. h. solcher Tennisevents...

„offen“ durchgeführt werden. Immerhin hat der Internationale Lawn-Tennis-Verband...

Besselmann schlägt Alessandrini nach Punkten

Der Hauptkampf des letzten Kampfabends im Berliner Sportpalast zwischen dem Meister Besselmann und dem italienischen Mittelgewichtler Alessandrini...

kämpfte mit dem Mut der Verzweiflung, und auch Besselmann mußte zahlreiche Treffer einstecken...

Vorturnier der Berliner Polizei

Mit besten Kräften aus Polen und Schweden Die alljährliche große Vorturnierveranstaltung des Berliner Polizei-Sportvereins...

Werbefilm für Zakopane

Polen und der Polnische Skiverband werben für die Skiweltmeisterschaften in Zakopane...

lats in London eine Stausstellung eröffnet mit dem Ziel, auch das Ausland auf die FIS-Meisterschaften 1939 in Polen aufmerksam zu machen...

Fünf Wochen auf Werbeflug

Gerd Ahgelis wieder in Berlin

Nach einer Kunstflugtournee von fünf Wochen, die ihn durch Jugoslawien, Griechenland und die Türkei führte...

Eigenartige Sprungchance im Fiergebirge

Eine eigenartige Sprungchance besitzt der Winterortplatz Jofestal im subkarpaten Fiergebirge...

Rundfunk-Programm der Woche

vom 27. November bis 3. Dezember 1938

Sonntag

11.57: Fanfaren aus Krakau. 12.03 bis 13: Sinfonietonart. 13.15-14.40: Unterh. Konzert poln. Komponisten...

10.50: Einsparungen. 11.55: Zwischen Land und Stadt. 11.50: Märchen. 11.55: Ritter. 12: Schloßtonart...

11.57: Fanfaren aus Krakau. 12.03 bis 13: Sinfonietonart. 13.15-14.40: Unterh. Konzert poln. Komponisten...

11.57: Fanfaren aus Krakau. 12.03 bis 13: Sinfonietonart. 13.15-14.40: Unterh. Konzert poln. Komponisten...

Montag

11.57: Fanfaren aus Krakau. 12.03 bis 13: Sinfonietonart. 13.15-14.40: Unterh. Konzert poln. Komponisten...

11.57: Fanfaren aus Krakau. 12.03 bis 13: Sinfonietonart. 13.15-14.40: Unterh. Konzert poln. Komponisten...

11.57: Fanfaren aus Krakau. 12.03 bis 13: Sinfonietonart. 13.15-14.40: Unterh. Konzert poln. Komponisten...

11.57: Fanfaren aus Krakau. 12.03 bis 13: Sinfonietonart. 13.15-14.40: Unterh. Konzert poln. Komponisten...

